



VIELFALT

IN DIESER AUSGABE:

AUS DER REGION:
7 JAHRE INTEGRAT-APP
IM LDK

POLITIK UND
GESELLSCHAFT:
TEILHABE UND
ZUGEHÖRIGKEIT

ARBEIT UND BILDUNG:
ARBEITMIGRATION

FLUCHT UND AS L:
FLÜCHTLINGSAUFNAHME IN
DEN KOMMUNEN

DESINTEGRATION:
STRUKTURELLE
BARRIEREN

KULTUR: NEUE BÜCHER



migration.integration.vielfalt

Liebe Leserinnen und Leser,

Liebe Leserinnen und Leser,

es war vor 70 Jahren, am 20. Dezember 1955, dass Deutschland mit Italien das erste Abkommen über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften unterzeichnete. Anschließend suchten Hunderttausende Menschen aus Italien ihr Glück in Deutschland. Das Abkommen war das erste seiner Art für die Bundesrepublik Deutschland und diente anschließend als Vorbild für spätere - etwa mit der Türkei, Griechenland und Spanien. Dieses Jubiläum erinnert daran, wie lange Deutschland schon Einwanderungsland ist und wie stetig sich die Integrationsarbeit weiterentwickelt. In dieser Ausgabe blicken wir auf diese Kontinuität, aber auch auf aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen. Ein paar gute Nachrichten vorweg: mit unserer Integreat-App können sich zugewanderte Menschen im LDK bereits seit 7 Jahren schnell und einfach mit lokalen Informationen in mehreren Sprachen versorgen – die vom Vielfaltszentrum betreute App hatte im vergangenen Jahr im Lahn-Dill-Kreis über 23.000 Aufrufe erreicht. In zwei Kommunen gibt es jetzt professionelle Unterstützung der lokalen Integrationsarbeit: kommunale Integrationsguides im Rahmen des WIR-Programms starten in Solms und Braunfels. Und die niedrigschwelligen Sprachkurse „Deutsch4U“ im Rahmen des WIR-Programms der Flüchtlingshilfe und weiterer Träger im LDK sind für drei weitere Jahre gesichert. Solche konkreten Erfolge zeigen, dass Integration dort gelingt, wo engagierte Menschen ins Gespräch kommen, Ehrenamtliche und Hauptamtliche zusammenarbeiten und Netzwerke gestärkt werden.

Gleichzeitig werfen aktuelle Studien komplexe Fragen auf: Wie zufrieden sind Menschen mit Migrationshintergrund eigentlich? Welche Rolle spielen demokratische Werte, Diskriminierungserfahrungen und wirtschaftliche Teilhabe? Die Forschung liefert differenzierte Antworten jenseits einfacher Narrative – von positiven Befunden bis zu strukturellen Barrieren in Kitas, auf dem Wohnungsmarkt und im Gesundheitswesen. Besonders bewegt die Situation geflüchteter Kinder: Ob die neuen Zahlen zur Kinderarmut, die Kürzungen bei psychosozialen Zentren oder die Bildungshürden für syrische Rückkehrer – hier zeigt sich, wo Handlungsbedarfe bestehen. Wie wird sich konkret die neue Ära der EU-Asylpolitik mit Verfahren in Drittstaaten auswirken? Wie verändert die Klimakrise Fluchtbewegungen? Und was können wir von einem kamerunischen Dorfvorsteher lernen, der 36.000 Menschen aufnahm? Von lokalen Initiativen bis zu globalen Entwicklungen, von wissenschaftlichen Erkenntnissen bis zu praktischen Handreichungen – unser Newsletter bietet Ihnen Orientierung in einer komplexen Debatte.

Viel Erkenntnis beim Lesen

und einen optimistischen Jahresbeginn wünscht Ihnen

Norbert Wenzel

Vielfaltszentrum “WIR” im Lahn-Dill-Kreis

www.lahn-dill-kreis.de/vielfaltszentrum

Inhalt

Aus der Region

Seite 4-7

Politik und Gesellschaft

Seite 8-14

Flucht und Asyl

Seite 15-17

Arbeit und Bildung

Seite 18-23

Desintegration

Seite 24-27

Migration weltweit

Seite 28-31

Kultur

Seite 32

Persönlichkeiten

Seite 33

Impressum

Seite 34

www.lahn-dill-kreis.de/vielfaltszentrum



Aus der Region

7 Jahre Integreat

Erfolgreiche Unterstützung für Zugewanderte im LDK

Seit 2018 setzt der Lahn-Dill-Kreis in seiner Integrationsarbeit auf „Integreat“. Die Plattform hat sich mittlerweile als führende digitale Integrationslösung in Deutschland etabliert. Im Jahr 2024 erreichte Integreat deutschlandweit beeindruckende 4,3 Millionen Zugriffe – ein starkes Zeichen dafür, wie gut das Angebot angenommen wird. Auch im Lahn-Dill-Kreis erfreut sich die Plattform großer Beliebtheit: Mit jährlich über 23.000 messbaren Zugriffen im Jahr 2025 hat sie maßgeblich dazu beigetragen, die Integrationsarbeit im Landkreis zu unterstützen. Die Integreat-App bietet Neuzugewanderten im Lahn-Dill-Kreis wichtige Informationen zu Themen wie Deutschkursen, Arbeitsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung, regionalen Beratungsangeboten und Veranstaltungen. Die Inhalte sind in 10 Sprachen verfügbar und helfen dabei, Sprachbarrieren zu überwinden. Die Integreat-App ist kostenlos und kann im Webbrowser unter <https://integreat.app/lahndillkreis/de> oder auf dem Smartphone genutzt werden.



Motto 2026 “Dafür!”

Interkulturelle Woche im Lahn-Dill-Kreis

Dafür! - so lautet das Motto der Interkulturellen Woche (IKW) 2026. In diesem Jahr findet sie bundesweit zum 51. Mal statt. Mit der Interkulturellen Woche von Freitag, 25. September bis Sonntag, 04. Oktober schafft auch der Lahn-Dill-Kreis Räume – für Dialog, Begegnung, den Abbau von Vorurteilen, für gegenseitiges Verständnis. Menschen sollen gleichberechtigt teilhaben – unabhängig von Herkunft und Glauben. Mit der Interkulturellen Woche setzt der LDK ein Zeichen gegen Diskriminierung und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Am 26. Februar lädt das Vielfaltszentrum ein zum Online-Vernetzungs- und Vorbereitungstreffen für interessierte Veranstalter. Anmeldung und mehr Infos erhalten Sie vom Vielfaltszentrum wir@lahn-dill-kreis.de.

Aus der Region

Jetzt bewerben!

Integrationspreis 2026

Der Lahn-Dill-Kreis vergibt zum achten Mal seinen Integrationspreis. Gesucht werden innovative Ideen und engagierte Projekte, die Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammenbringen. Der WIR-Beirat und das WIR-Vielfaltszentrum des Lahn-Dill-Kreises wollen damit ein Zeichen setzen für gesellschaftlichen Zusammenhalt setzen und freiwilliges Engagement im Kreisgebiet besonders herausstellen – gerade in Zeiten globaler Herausforderungen. Der Preis ist mit 1.500 Euro dotiert. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine bis zum 31. Mai 2026 – formlos per E-Mail. Kontakt: WIR-Beirat des Lahn-Dill-Kreises, Matthias Holler, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar, E-Mail: WIR@lahn-dill-kreis.de.



WIR-Programm "KISI"

Ein Guide soll Integration in Solms fördern

Die Hessische Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Integrationsarbeit flächendeckend zu stärken. Durch eine ergänzende Nutzung von Mitteln des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds ([AMIF](#)) werden auch hessische Kommunen mit einer Bevölkerungszahl unter 50.000 bei der Integrationsarbeit strukturell gefördert. Nach Braunfels soll nun auch die Stadt Solms einen „KISI“ (Kommunaler Integrationsguide zur Stärkung der Integrationserfolge) bekommen. Das haben die [Stadtverordneten](#) kurz vor Weihnachten mehrheitlich beschlossen. Ziel des aus EU-Geldern geförderten Projektes ist es, das Ankommen und die Integration von anerkannten Drittstaatsangehörigen, also von Menschen außerhalb der EU, zu begleiten. Die Stellenausschreibung finden Sie [hier](#).

Aus der Region

WIR-Programm “Deutsch4U”

Fortsetzung der Sprachkurse gesichert

Die Hessische Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Sprachförderangebote zu stärken. Durch eine ergänzende Nutzung von Mitteln des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (**AMIF**) sollen Quantität und Qualität des Landesprogramms „MitSprache – Deutsch4U“ verbessert werden. Die Flüchtlingshilfe Mittelhessen e.V. ist seit mehreren Jahren Träger für die niedrigschwelligen Deutschlernangebote und kann sich nun über die Zusage einer Finanzierung der Kurse für die kommenden drei Jahre freuen. Derzeit bietet die Flüchtlingshilfe nach eigenen Angaben 13 Sprachkurse an. Sie werden von üblicherweise 10 bis 15 Menschen besucht. Einziger Wehrmutstropfen der **Neuausrichtung des Sprachlernprogramms**: konnten früher alle Menschen mit Sprachlernbedarf beschult werden, ist eine Förderung nun von Aufenthaltstiteln und Berechtigungsscheinen abhängig. Für Menschen, die in Deutschland lediglich geduldet sind, fließt kein Geld mehr für dieses Angebot.

Integrationskurse in Hessen

Was der Zulassungsstopp bedeutet

Während Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltstitel einen gesetzlichen Anspruch auf die Kurse haben, können Geduldete, Asylsuchende und ukrainische Geflüchtete nur bei verfügbaren Plätzen teilnehmen. Die Bundesregierung schließt laut Presseberichten im gesamten Jahr 2026 bundesweit über 100.000 Menschen von freiwilligen Integrationskursen aus. Laut **Rundschreiben** des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden keine Zulassungen mehr für nicht verpflichtete Teilnehmende erteilt. Von den erwarteten 314.300 potenziellen Kursteilnehmenden sind rund 129.500 betroffen, die freiwillig teilnehmen wollten – darunter viele Asylbewerber und ukrainische Geflüchtete. Konkrete Zahlen für Hessen liegen nicht vor. Nur noch Zugewanderte mit behördlicher Verpflichtung, etwa bei fehlenden Deutschkenntnissen oder Sozialleistungsbezug, erhalten Zugang. Das BAMF begründet die Maßnahme mit finanziellen Risiken und der Sicherstellung tragfähiger Finanzierung. Die Integrationsbeauftragte des Bundes, Natalie Pawlik, kritisierte die Entscheidung scharf: In Zeiten des Fachkräftemangels sei es unverantwortlich, Menschen beim Spracherwerb auszubremsen. Kritik gibt es auch von regionalen Kursanbietern wie den **Volkshochschulen**.

Aus der Region

RP Gießen

Zahl der Flüchtlinge in Hessen geht um 42% zurück

Die Zahl der Flüchtlinge in Hessen ist im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Das geht aus Daten des Regierungspräsidiums (RP) Gießen hervor. Die Behörde ist für die **Erstaufnahme von Flüchtlingen** zuständig. In der Rödgener Straße in Gießen betreibt sie eine Unterkunft. Dort werden Flüchtlinge in Hessen zentral registriert. Voriges Jahr waren es 17.578 Menschen, im Jahr 2024 noch 30.529. Ein **Rückgang um 42 Prozent**. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 waren es knapp 80 000 Flüchtlinge. Die meisten der vergangenen Jahr in Gießen registrierten Flüchtlinge stammen aus der Ukraine, 7138 Menschen. Dahinter folgen Asylbewerber aus Afghanistan (3877), der Türkei (1205) und aus Syrien (836). Flüchtlinge aus der Ukraine erhalten innerhalb der Europäischen Union „Aufenthalt zum vorübergehenden Schutz“, sie müssen kein Asyl beantragen.

“Nur wer wählt, zählt!”

Wahlen der kommunalen Ausländerbeiräte

Gemeinsam mit der Kommunalwahl finden in einigen Städten und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis am 15. März 2026 auch **Wahlen zum kommunalen Ausländerbeirat** statt. Aktuell gibt es Ausländerbeiräte in Wetzlar, Asslar, Haiger und Dillenburg. Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge endete am 5. Januar 2026. Alle Einwohner ohne deutschen Staatsangehörigkeit (zu denen auch die nichtdeutschen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zählen), die am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten in der jeweiligen Kommune ihren Wohnsitz haben, konnten sich zur Wahl stellen. Wählbar sind auch Personen, die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, wenn die deutsche Staatsbürgerschaft erst in Deutschland erworben wurde (z.B. Einbürgerung) oder die Personen die über eine doppelte Staatsbürgerschaft verfügen. Die Wahllokale vor Ort befinden sich meist im Rathaus, Bürgerhaus oder in Schulen in der Nähe. Die genaue Adresse steht auf der Wahlbenachrichtigung, die bis spätestens zum 22.02.2026 per Post versendet wird. Die Wahllokale sind von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet.

Ehrenamtliches Engagement

DSEE-Förderprogramm für ländliche Räume

Mit dem Mikroförderprogramm der “Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt” (DSEE) können gemeinnützige Organisationen in ländlichen und strukturschwachen Regionen bis zu 1.500 Euro für Projekte zur Gewinnung, Bindung und Wertschätzung von Ehrenamtlichen beantragen. Gefördert werden unter anderem Workshops, Schnupperaktionen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Sachkosten zur Stärkung der Vereinsstrukturen – Personalkosten sind allerdings ausgeschlossen. Ab Anfang 2026 sind wieder Anträge möglich; Voraussetzung ist, dass das Projekt im ländlichen Raum durchgeführt wird und die Gesamtkosten 10.000 Euro nicht überschreiten. Näheres zum Förderprogramm finden Sie **hier**.

Politik und Gesellschaft

Deutschland - Italien

70 Jahre Anwerbeabkommen

Am 20. Dezember 1955 unterzeichneten Vertreter der deutschen und italienischen Regierungen ein Abkommen, das italienischen Arbeitern ermöglichte, nach einem Auswahlverfahren eine Arbeit in Deutschland anzutreten. Es war das erste Anwerbeabkommen dieser Art in der Nachkriegszeit und diente als Muster für weitere Abkommen – etwa mit Griechenland, Spanien und der Türkei. 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte wanderten zwischen 1955 und 1973 nach Deutschland ein. Der [Migrationshistoriker Karl-Heinz Meier-Braun](#) fasst in einem neuen Dossier für die Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg die wichtigsten Meilensteine zusammen.



FaBERID

Migrationsmythen im Faktencheck

Die „Fachstelle Bildung|Entwicklung|Raum|Integration|Demokratie“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung hat eine [Handreichung](#) herausgegeben, die gängige Migrationsmythen einem wissenschaftsbasiertem Faktencheck unterzieht. Die Debatte um Migration in Deutschland ist aktuell ein emotionales und kontrovers geführtes Thema. Sie wird oft von vereinfachenden Annahmen, Missverständnissen und fest verankerten Mythen geprägt, die einer sachlichen Auseinandersetzung im Weg stehen. Die Handreichung soll besonders im Bildungsbereich dafür sensibilisieren, wie wichtig ein differenzierter und faktenbasierter Umgang mit dem komplexen Thema der Migration ist.

Politik und Gesellschaft

Konrad-Adenauer-Stiftung

Rechtsextremismus beunruhigt Deutsche

Der Der Rechtsextremismus in Deutschland beunruhigt Menschen ohne Migrationsgeschichte noch stärker als Zuwanderer und ihre direkten Nachkommen. Das ist ein Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung der CDU-nahen [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) (KAS) zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren hat die Stiftung eine repräsentative Umfrage unter Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durchgeführt. Die Studie zeigt einige positive Befunde und Entwicklungen zwischen 2015 und 2024/2025. Die überwältigende Mehrheit von über 90 Prozent der Menschen lebt gerne in Deutschland. Das hat sich in den letzten zehn Jahren auch nicht verändert. Außerdem fühlen sich rund 90 Prozent der Menschen wohl in Deutschland. Rund zwei Drittel der Deutschen mit Migrationshintergrund sowie der Ausländerinnen und Ausländer bewerten das politische System in Deutschland besser als das ihres Herkunftslandes.

Robert-Bosch-Stiftung

Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft

Deutschland ist ein Einwanderungsland und damit geprägt von ethnischer und religiöser Vielfalt. Die Akzeptanz von unterschiedlichen ethnischen Herkünften und Religionen hat in den letzten Jahren jedoch stark abgenommen, wie das [Vielfaltsbarometer 2025](#) zeigt. Zudem sind aktuell 59 Prozent der Ansicht, dass man heute „wegen jeder Kleinigkeit als Rassist abgestempelt“ werde. Interessant dabei: Menschen mit Migrationshintergrund akzeptieren in Deutschland religiöse und ethnische Vielfalt stärker als nicht zugewanderte Menschen. Wie lassen sich unter diesen Voraussetzungen

Teilhabe und Zugehörigkeit in der Einwanderungsgesellschaft für möglichst viele ermöglichen? Wie schauen die in Deutschland lebenden Menschen – solche ohne und solche mit Migrationshintergrund – auf unterschiedliche Aspekte von Vielfalt? Und was sind die Grundlagen für ein gutes Miteinander? Antworten auf diese Fragen liefert die vorliegende Sonderauswertung [„Teilhabe und Zugehörigkeit in der Einwanderungsgesellschaft“](#) des Vielfaltsbarometers 2025 der Robert Bosch Stiftung.



Politik und Gesellschaft

DeZIM-Studie

Wehrdienst mit Migratinshintergrund

Das DeZIM-Institut hat in einer [repräsentativen Studie](#) ausgewertet, wie die Bevölkerung auf die Reform blickt und wie groß die tatsächliche Bereitschaft zum Dienst an der Waffe ist. Während eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Wiedereinführung der Wehrpflicht befürwortet, wäre nur ein Bruchteil der direkt betroffenen Generation bereit, tatsächlich zu dienen. Gleichzeitig befürchten manche Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund, in der Bundeswehr benachteiligt zu werden. Ein Viertel der selbst Eingewanderten befürchten, diskriminiert zu werden – aufgrund ihres Migrationshintergrunds. Unter ihnen sind besonders Muslime besorgt (35 %). Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten erachtet für den Wehrdienst interkulturell geschulte Ausbilder und sprachliche Unterstützung als wichtig oder sehr wichtig. Befragte aus muslimischen Glaubensgemeinschaften nennen besonders oft religiös/kulturell passendes Essen (80 %) sowie interkulturell geschulte Ausbilder (76 %).

Mitte-Studie

Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Demokratie

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist demokratisch eingestellt und äußert Sorgen wegen des zunehmenden Rechtsextremismus. Gleichzeitig ist jedoch in der Mitte der Gesellschaft eine Normalisierung bezüglich bestimmter antidemokratischer und menschenfeindlicher Aussagen zu beobachten. Das ist ein Ergebnis der „Mitte-Studie 2025“. Die repräsentativen „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung geben alle zwei Jahre Auskunft über die Verbreitung, Entwicklung und Hintergründe rechts-extremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland. Die diesjährige Ausgabe unter dem Titel [„Die angespannte Mitte“](#) blickt auf die Normalisierung des Rechtsextremismus und aktuelle Entwicklungen in Zeiten globaler Verunsicherungen.

Studie des BiB

Wie zufrieden sind Eingewanderte?

[Jede vierte Person](#) in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) hat ihr Wohlbefinden untersucht und festgestellt: Menschen, die selbst eingewandert sind, sind durchschnittlich so zufrieden wie Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. [Jeweils rund 73 Prozent sind zufrieden oder sehr zufrieden](#). Bei Nachkommen von Eingewanderten hingegen sinkt die Zufriedenheit: Nur rund 66 Prozent sind zufrieden oder sehr zufrieden. Gemessen nach Herkunftsregionen hätten Zugewanderte aus Osteuropa die höchste Lebenszufriedenheit in Deutschland. Wenig zufrieden sind dagegen Menschen aus Asien oder Afrika.

Politik und Gesellschaft

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Größte Umfrage zu Diskriminierung in Deutschland

Seit 12. November 2025 bis 28. Februar 2026 führt die [Antidiskriminierungsstelle des Bundes](#) die bislang größte Umfrage zu Diskriminierung in Deutschland durch. Ziel ist es, im Jahr 2027 ein detailliertes Lagebild zu veröffentlichen, das aktuelle Daten dazu enthält, wie Menschen hierzulande Diskriminierung erleben und wie sie damit umgehen. Auf dieser Basis werden Forderungen ausgearbeitet, wie der Diskriminierungsschutz verbessert werden kann. An der Umfrage können alle Menschen ab 14 Jahren teilnehmen, die Diskriminierung erlebt haben. Die Teilnahme ist anonym, barrierearm und in vielen Formaten und Sprachen möglich: online, per Chatbot, auf Papier, in einfacher Sprache, in mehreren Fremdsprachen und auch in Deutscher Gebärdensprache. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ruft dazu auf, für die Befragung zu werben, und stellt dafür [gedruckte Flyer, Postkarten und Plakate](#) sowie [digitale Materialien](#) für den Einsatz etwa in Newslettern oder auf Social Media bereit.



Uni Mannheim

Migrationshintergrund und demokratische Werte

Zuwandererinnen und Zuwanderer in Deutschland und anderen europäischen Staaten haben laut einer Untersuchung der Universität Mannheim ähnlich ausgeprägte demokratische Werte wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Wissenschaftler des [Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung](#) stellten außerdem fest, dass die demokratischen Überzeugungen mit der Dauer des Aufenthalts in Europa zunehmen. Bei Menschen, die vor der Migration viele Jahre in autoritär regierten Staaten verbracht haben, seien die Zustimmungswerte für Kernelemente der liberalen Demokratie etwas geringer als bei Menschen aus diesen Staaten, deren politische Sozialisation vorwiegend im Zielland stattfand.

Politik und Gesellschaft

Armutbericht der Bundesregierung

Migranten verdienen weniger, wohnen schlechter

Der neue [Armut- und Reichtumsbericht](#) der Bundesregierung zeigt, wie weit die Lebenswelten von materiell besser und schlechter gestellten Menschen in Deutschland auseinanderklaffen. Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten oft in schlechter bezahlten Jobs und haben weniger Wohnraum als der Durchschnitt der Bevölkerung. Mehr als jeder vierte ist von Armut bedroht (27,7 Prozent). Im Jahr verdienen sie im Schnitt ein Fünftel weniger als die Gesamtbevölkerung. Der „[Migrant Pay Gap](#)“ ist in den letzten Jahren größer geworden. Teilweise lässt sich das mit der gestiegenen Zuwanderung erklären. Meist verbessert sich die materielle Situation, je länger Menschen in Deutschland leben.

Unicef - Bericht

Kinderarmut in Deutschland

Kinderrechte gelten für alle Kinder, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus. Kinderarmut wirkt sich auf alle Lebensbereiche nachteilig aus. Der [Unicef-Bericht](#) zur Lage der Kinder in Deutschland 2025 zeigt, wie reduziert die Chancen insbesondere für geflüchtete Kinder auf ein gutes Aufwachsen sind. Das liegt auch daran, dass viele geflüchtete Kinder nach einschneidenden Unterbrechungen der Bildungsverläufe vor und während der Flucht in Deutschland über Monate oder sogar Jahre hinweg einen zumeist nur eingeschränkten Zugang zu Kitas, Schulbildung, Freizeitangeboten oder anderen Betreuungs- und Bildungsleistungen haben. Bei der Bekämpfung von Kinderarmut stagniert die Entwicklung in Deutschland seit Jahren. Die relative Armut von Kindern bewegt sich konstant um die 15 Prozent, 2023 waren es 14 Prozent. 1,9 Millionen Kinder leben heute von dem Bürgergeld ihrer Familie. Hinzu kommen Kinder, die mit Asylbewerberleistungen auskommen müssen.

Uni Mannheim

Migrationshintergrund und demokratische Werte

Zuwandererinnen und Zuwanderer in Deutschland und anderen europäischen Staaten haben laut einer Untersuchung der Universität Mannheim ähnlich ausgeprägte demokratische Werte wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Wissenschaftler des [Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung](#) stellten außerdem fest, dass die demokratischen Überzeugungen mit der Dauer des Aufenthalts in Europa zunehmen. Bei Menschen, die vor der Migration viele Jahre in autoritär regierten Staaten verbracht haben, seien die Zustimmungswerte für Kernelemente der liberalen Demokratie etwas geringer als bei Menschen aus diesen Staaten, deren politische Sozialisation vorwiegend im Zielland stattfand.

Politik und Gesellschaft



Freiwilligen - Survey

Freiwilliges Engagement in Deutschland

Der Deutsche Freiwilligensurvey (FWS) ist seit 1999 die Grundlage für die Berichterstattung zur Entwicklung des freiwilligen Engagements. [Der 6. Freiwilligensurvey](#) mit der Datengrundlage von 2024 ist nun als Kurzbericht veröffentlicht. Im Jahr 2024 sind 36,7% der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland freiwillig engagiert, das entspricht rund 26,97 Millionen Menschen. Damit befindet sich das freiwillige Engagement weiterhin auf einem hohen Niveau, ist allerdings im Vergleich zur Voruntersuchung 2019 (39,7%) leicht zurückgegangen. Engagierte Personen investieren wieder mehr Zeit in ihre freiwillige Tätigkeit. Auch die Häufigkeit, mit der freiwillige Tätigkeiten ausgeübt werden, hat sich im Vergleich zu 2019 erhöht. Freiwillig Engagierte zeigen bei ihrer Tätigkeit eine hohe Beständigkeit. Mehr als zwei Drittel geben an, ihre Engagementtätigkeit unverändert fortsetzen zu wollen. Die Engagementquote bei Personen mit Migrationshintergrund beträgt 28,4%. Der festgestellte leichte Rückgang der übergreifenden Engagementbeteiligung geht allerdings allein auf die Personengruppe ohne Migrationshintergrund zurück. Bei Personen mit Migrationshintergrund ist der Anteil gegen den Trend stabil geblieben. Bei Personen mit Migrationshintergrund und eigener Zuwanderungserfahrung ist die Quote im Vergleich zu 2019 sogar angestiegen.

Politik und Gesellschaft

SRV - Studie

Afghanische und syrische Communitys

Afghanische und syrische Zugewanderte zählten in den vergangenen Jahren zu den größten Gruppen an Flüchtlingen, die in Deutschland Schutz gesucht haben. Sie haben hier zahlreiche Organisationen gegründet, die sich für die Belange ihrer jeweiligen Community oder ihr jeweiliges Herkunftsland einsetzen. In Politik und Forschung wird das zivilgesellschaftliche Engagement von Geflüchteten erst ansatzweise beachtet. Der wissenschaftliche Stab des SVR (Sachverständigenrat für Integration und Migration) hat afghanische und syrische Organisationen in Deutschland zu ihrer Arbeit befragt – und zeigt in seiner [Studie](#) das breite Tätigkeitsspektrum der Organisationen auf und gibt einen Überblick über Entstehungsgeschichte, Besonderheiten, Potenziale und Herausforderungen. Auch Unterschiede und Parallelen zwischen afghanischen und syrischen Organisationen werden angesprochen.

EU4Health und DRK

Psychologische Ersthilfe

Das DRK hat im Rahmen des Projekts EU4Health - Psychosoziale Versorgung von Geflüchteten und Schulungen für Haupt- und Ehrenamtliche [insgesamt sechs Veröffentlichungen](#) der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung zum Thema Psychologische Erste Hilfe in deutscher Sprache veröffentlicht. Die Veröffentlichungen können für alle Haupt- und Ehrenamtlichen in den unterschiedlichen Themenfeldern im Verband nützlich sein.



Kompass Online-Handbuch

(Außer-) schulische Menschenrechtsbildung

Kompass, herausgegeben vom Europarat, gehört europaweit zu den erfolgreichsten Materialien der Menschenrechtsbildung. Das Handbuch enthält eine umfangreiche Einführung in die Menschenrechtsbildung, informiert über Menschenrechtsthemen und gibt Hinweise zum aktiv werden. Herzstück sind 57 Übungen, die mit Jugendlichen und Erwachsenen durchgeführt werden können. [Hier](#) steht Kompass zum Download bereit.

Flucht und Asyl

Netzwerk Fluchtforschung

Wie die Aufnahme von Flüchtlingen gelingen kann

Städte und Gemeinden in Deutschland sind die zentralen Akteure, wenn es um die Aufnahme, Versorgung und langfristige Integration von Geflüchteten geht. Zwischen 2015 und 2025 wurden annähernd **drei Millionen Menschen mit Fluchthintergrund** in den 10.751 Gemeinden in Deutschland aufgenommen. Birgit Glorius ist Humangeographin und seit 2018 Professorin für Humangeographie mit dem Schwerpunkt Europäische Migrationsforschung an der TU Chemnitz. In ihrer Analyse benennt sie **Erfolgsfaktoren**, die die Integration von Flüchtlingen in den Kommunen begünstigen.

Expertise

Flüchtlingsaufnahme in den Kommunen

Forscher der Universität Hildesheim und der Mediendienst Integration haben im Oktober 2025 deutsche Kommunen und Landkreise zum dritten Mal zum Stand der Aufnahme und Integration von Geflüchteten befragt. Wie ist die Lage bei der Unterbringung, wie hat sie sich im letzten Jahr entwickelt? Und wie steht es in den Kommunen um andere Integrationsbereiche wie Schulen, Kinderbetreuung oder Arbeitsmarktintegration? Knapp 900 Gemeinden, Städte und Landkreise haben geantwortet. Mehr dazu finden Sie **hier**.



Flucht und Asyl

BiB Bund

Mehr als die Hälfte der Ukrainer ist erwerbstätig

Mehr als die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten ist erwerbstätig. Von den zwischen Februar und Mai 2022 nach Deutschland gekommenen Ukrainerinnen und Ukrainern sind 62 Prozent der Männer und 51 Prozent der Frauen erwerbstätig. Das zeigen die neuesten Ergebnisse einer des [Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung \(BiB\)](#). Befragt wurden Ukrainerinnen und Ukrainer im Alter von 20 bis 50 Jahren zwischen Mai und Juli 2025. Erstmals fand die Befragung im Sommer 2022 statt. Demnach hat sich die Erwerbstätigenquote der ukrainischen Geflüchteten seitdem mehr als verdreifacht.



Rückkehr nach Syrien

Debatte um Abschiebungen

2015 flohen besonders viele Syrer vor Krieg, Not und Leid aus ihrer Heimat nach Deutschland. Der Krieg ist zu Ende, die Debatte um Abschiebungen läuft. Was machen die Syrer jetzt? zdfheute hat die wichtigsten Fragen in einem FAQ zusammengestellt: Wie ist die Lage in Syrien? Nach welchen Kriterien beurteilt die Bundesregierung die Situation? Kehren Syrerinnen und Syrer freiwillig zurück? Haben sie Fuß gefasst auf dem Arbeitsmarkt? Die Antworten finden Sie [hier](#).

Solidaritätsmechanismus

Keine weiteren Flüchtlinge aus EU-Ländern

Die EU-Innenminister haben sich auf eine [Verschärfung der Asylpolitik](#) geeinigt. Für Deutschland bringt die Einigung von Anfang Dezember konkrete Erleichterungen: Das Land muss 2026 vorerst weder Flüchtlinge aus anderen EU-Staaten aufnehmen noch Ausgleichszahlungen leisten. Die EU rechnet Deutschland seine "Solidarität" der vergangenen Jahre an. Tausende Flüchtlinge, die bereits im Land sind, werden auf die deutschen Verpflichtungen angerechnet. Zudem haben Italien und Griechenland zugesagt, Migranten zurückzunehmen, die über ihre Länder nach Deutschland weitergereist sind. Die lange ignorierten Dublin-Regeln sollen ab Juni 2026 wieder konsequent durchgesetzt werden. Innenminister Dobrindt sieht Deutschland als "Motor" der Verschärfung und spricht von einem "echten Meilenstein". Geplant sind außerdem Rückführungszentren außerhalb der EU für abgelehnte Asylbewerber. Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Pläne und warnen vor rechtlichen Grauzonen. Die Reformen treten im Juni 2026 in Kraft und sollen die „illegale Migration“ eindämmen.

Flucht und Asyl

FES-Impuls

Gesundheitsversorgung pragmatisch verbessern

Wie kann die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Deutschland verbessert werden?

Deutschland hat ein leistungsstarkes und anpassungsfähiges Gesundheitssystem, das in der Lage ist eine große Zahl zusätzlicher Menschen mit dem medizinisch Notwendigen zu versorgen. Laut einer [Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung](#) liege das Problem in den Abläufen.

Leistungsansprüche, Abrechnungsverfahren und Zugangsregeln zu Versorgungsangeboten sind bundesweit und in den Kommunen ebenso uneinheitlich, wie auch die Frage ungeklärt ist, wie langfristig anfallende Zusatzkosten finanziert werden sollen. Auch die Verfahren müssten dringend effizient vereinheitlicht werden.

Studie zu Menschen in Duldung

Gesellschaftliche Teilhabe trotz Ausreisepflicht?

Eine [neue Studie](#) hat die Lebenssituation von geduldeten Menschen in sechs deutschen Städten untersucht. In der Studie geht es unter anderem um den Zugang zu Wohnraum, Ausbildung und Arbeitsmarkt, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und um Möglichkeiten der Regularisierung. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Auswirkungen die Ausgrenzung von Personengruppen aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen hat und wie soziale Netzwerke sowie Akteure der Sozialen Arbeit, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zur Realisierung von Teilhabe beitragen können.

Aus der Fluchtforschung

Flüchtlinge als politische Akteure

Geflüchtete und Asylsuchende werden oft als hilfsbedürftig, gefährlich oder nur als Arbeitskräfte wahrgenommen – Sichtweisen, die ihnen politische Handlungsfähigkeit absprechen. Die [Forscherin Amelie Harbisch](#) zeigt in ihrer Studie, wie Geflüchtete durch "Gegen-Wissen" diese Stereotype herausfordern. In Berlin und Wien beobachtete sie, wie Menschen ihre Fluchterfahrungen als Stärke präsentieren, nicht als Schwäche. Durch Kunst, Theater und Humor machen sie ihre körperlich eingeschriebenen politischen Erfahrungen sichtbar und inszenieren sich als Friedensakteure statt als Bedrohung. In Sprachkursen und Beratungsstellen kehren sie Lehrer-Schüler-Verhältnisse um und demonstrieren ihr Wissen über interkulturelle Kompetenz und Asylsysteme. Sie verweigern die Entpolitisierung und fordern normale Behandlung bei gleichzeitiger Anerkennung ihrer Differenz. Das erweitert den Raum dessen, was über Flucht, Asyl und politische Teilhabe denkbar ist – und stellt die Frage, wer zur politischen Gemeinschaft gehört, grundsätzlich neu.

Arbeit und Bildung

ASRV-Positionspapier

Bildung als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe

Nach wie vor ist der Bildungserfolg in Deutschland stark abhängig von der sozialen Herkunft und den damit verbundenen finanziellen Ressourcen sowie dem Bildungshintergrund der Familien. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund leben überproportional häufig in einkommensschwachen Familien und sind daher besonders benachteiligt. Das gilt vor allem für neuzugewanderte Kinder mit geringen Deutschkenntnissen und solche mit Fluchtbiografie. Das [aktuelle Positionspapier](#) des Sachverständigenrats für Migration und Integration (SVR) „Bildung als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe“ beschreibt Wege zu einer chancengerechteren Bildung für alle.

DAAD-Publikation

14% aller Studierenden sind internationale Studierende

Dies geht aus der veröffentlichten Publikation des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) [„Wissenschaft weltoffen 2025“](#) hervor. Im Wintersemester 2024/25 waren rund 402.100 internationale Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Dies entspricht etwa einem Anstieg von 6 % im Vergleich zum Wintersemester 2023/24. Die wichtigsten Herkunftsregionen im Wintersemester 2023/24 waren zu 33 % Asien und der Pazifikraum, etwa 19 % kamen aus Nordafrika und “Nahost” sowie 15 % aus Westeuropa und 13 % aus Mittel- und Südeuropa. Die Mehrheit der internationalen Studierenden strebte im Wintersemester 2023/24 einen Abschluss an einer deutschen Hochschule an. Lediglich 7 % sind Gast- oder Austauschstudierenden. Im Jahre 2023 haben mit 116.600 Studienanfängern mehr internationale Studierende das Studium in Deutschland aufgenommen als je zuvor.

BAMF

Geflüchtete im Integrationskurs

Zur Erforschung der Integrationschancen von Geflüchteten in Deutschland werden vorrangig die Daten der [IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten](#) herangezogen, welche in Deutschland die größte und wichtigste Datenquelle der Forschung zu Geflüchteten ist. [Die Kurzanalyse 5|2025](#) des BAMF zeigt, dass sich das Analysepotenzial dieser Studie erheblich erweitert, indem die Befragungsdaten mit Verwaltungsdaten der [Integrations-Geschäftsdatei \(InGe\)](#) kombiniert werden. Durch die Kombination der beiden Datenquellen lassen sich Zusammenhänge zwischen personenbezogenen Rahmenbedingungen, Kursmerkmalen und Integrationsergebnissen systematisch untersuchen. So lässt sich zeigen, dass die Wartezeiten bis zum Beginn eines Integrationskurses deutlich durch Kontextmerkmale wie dem Einreisezeitraum und der Kursart geprägt sind. In den Daten finden sich bezüglich der Wartezeit hingegen keine Anhaltspunkte für Bevorzugungen oder Benachteiligungen bestimmter Alters-, Bildungs- oder Herkunftsgruppen oder von verpflichteten gegenüber freiwilligen Teilnehmenden. Untersuchungen zum Deutsch-Test für Zuwanderer (DTZ) ergeben, dass vor allem ältere Geflüchtete große Schwierigkeiten zeigen, höhere Punktzahlen zu erreichen.

Arbeit und Bildung

Unicef

Flüchtlingskinder häufiger von Armut betroffen

Mehr als eine Million Kinder in Deutschland wachsen laut Unicef in Armut auf. Dadurch fehlten ihnen wesentliche Voraussetzungen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für späteren beruflichen Erfolg, heißt es in einem [Bericht des UN-Kinderhilfswerks](#). Bei der Bekämpfung von Kinderarmut stagniere die Entwicklung in Deutschland seit Jahren, kritisierte die Direktorin des Deutschen Jugendinstituts und Miterstellerin des Berichts zur Lage der Kinder in Deutschland, Sabine Walper. Insgesamt 1,9 Millionen der knapp 14 Millionen Kinder und Jugendlichen hierzulande lebten vom Bürgergeld ihrer Familie. Hinzu kämen Kinder, die mit Asylbewerberleistungen auskommen müssen. Die ungleichen materiellen und sozialen Voraussetzungen in den Familien wirkten sich auf alle Lebensbereiche der Kinder aus. So könne ein Viertel der Kinder nicht gut lesen. 41 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler verfügten lediglich über rudimentäre digitale Kompetenzen. Dabei seien Kinder aus prekären Elternhäusern deutlich überrepräsentiert.

BAMF-Monitoring

Weniger Fachkräfte wandern zu

Trotz eines großen Fachkräfte-Bedarfs in Deutschland verlangsamt sich die Zuwanderung neuer Fach- und Arbeitskräfte. Das ist das Hauptergebnis des neuen [„Monitoring Bildungs- und Erwerbsmigration“](#) des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Weil immer weniger EU-Arbeitskräfte kommen, wird die Migration aus Nicht-EU-Staaten wichtiger, besonders aus Indien. Nach deutlichen Anstiegen in den letzten Jahren stagniert die Zahl der erteilten Aufenthaltstitel inzwischen. Das hat teils technische Gründe, teils liegt es an der Konkurrenz anderer Staaten, die um Fachkräfte werben.

MINT-Report

Fachkräftemangel ohne Zuwanderung nicht lösbar

Trotz konjunkturellem Rückgangs gibt es weiterhin eine große Lücke an Fachkräften in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen. Eine neue Studie sieht Chancen vor allem bei Frauen, Älteren und in Zuwanderung. Der [Report des Instituts der deutschen Wirtschaft](#) (IW) weist ein Defizit von 148.500 qualifizierten Arbeitskräften in Mint-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) auf. Im Vergleich zum Vorjahreswert aus dem Oktober 2024 mit 205.800 Personen sank die Lücke um 27,8 Prozent. Der Mint-Herbstreport zeige gleichzeitig, dass Zuwanderung ein wichtiger Hebel sei, so die Autoren.

Arbeit und Bildung

BAMF-Studie

Arbeitsmigration in Zeiten des Fachkräftemangels

Eine **neue Studie** untersucht Deutschlands Strategien zur Gewinnung internationaler Arbeitskräfte. Um Fachkräftengpässe zu bewältigen, setzt die Bundesregierung verstärkt auf Erwerbsmigration aus Drittstaaten und hat in den letzten Jahren rechtliche Hürden abgebaut. Kernstück ist das Drei-Säulen-Modell: Die Fachkräftesäule ermöglicht qualifizierten Arbeitskräften mehr Flexibilität bei der Jobwahl, die Erfahrungssäule öffnet Zugangswege für Personen mit Berufserfahrung ohne formale Anerkennung, und die neue Potenzialsäule führt die "Chancenkarte" zur erleichterten Arbeitsplatzsuche ein. Ergänzend laufen gezielte Rekrutierungsprojekte, besonders im Pflegebereich. Trotz dieser Fortschritte bleiben Herausforderungen: Administrative Prozesse bei Visa, Aufenthaltstiteln und Qualifikationsanerkennung müssen beschleunigt werden. Die Bundesregierung begegnet dem unter anderem durch Digitalisierung. Ob die Reformen langfristig wirken, muss wissenschaftlich begleitet werden.

Analyse Arbeitsmigration

Perspektiven von jungen Erwachsenen aus Afrika

Deutschland ist zunehmend auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Das von der Global Perspectives Initiative beauftragte Diskussionspapier ergänzt die Empfehlungen der Kommission **„Welt im Umbruch – Deutschland und der Globale Süden“** um eine bislang fehlende Perspektive: die von jungen Erwachsenen aus afrikanischen Ländern, die selbst über Bildungs- und Arbeitsmigration nach Deutschland nachdenken. Interviews mit Fachkräften und Studierenden aus acht afrikanischen Ländern zeigen: Deutschland genießt insgesamt ein positives Image als verlässliches, gut organisiertes Land mit attraktiven Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, doch bürokratische Hürden, Visa-Verfahren, hohe Kosten und Sprachbarrieren erschweren den Zugang. Die Ergebnisse machen deutlich, dass politische Ansätze nur dann wirksam sind, wenn im Ziel- und Herkunftsland faire und sichere Lebens- und Arbeitsbedingungen gewährleistet sind und sie zugleich an die Lebensrealitäten junger Menschen anknüpfen.

Bundesinstitut für Berufsbildung

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Das **Bundesinstitut für Berufsbildung** stellt auf seinem Internetportal umfangreiche Informationen zusammen zum Thema „Anerkennung ausländischer Berufsqualifizierungen“ bereit. Die Informationen gibt es für Fachkräfte in 11 Sprachen, für Beratende und Arbeitgeber. Neu auf der Website ist ein **„Anerkennungsfinder“** für interessierte Fachkräfte aus dem Ausland: hier gibt es wichtige Infos, wie und wo ein im Herkunftsland erworbener Abschluss in Deutschland anerkannt werden kann.

Arbeit und Bildung

Ausländische Pflegekräfte

Oft unsicher, ob sie bleiben

Ausländische Pflegekräfte werden gebraucht. Bisher gab es allerdings wenige Studien dazu, wie viele von ihnen auch langfristig in Deutschland bleiben wollen. Eine neue Studie des Forschungsprojekts „Gesundheit! Teilhabe im Pflegesektor“ der **Universität Erlangen-Nürnberg** zeigt: Ausländische Pflegekräfte sind häufig unsicher, ob sie bleiben wollen. Dabei spielen fehlende Mobilität im Alltag, unklare Karrierechancen, aber auch Rassismus bei der Arbeit eine Rolle. Die Studie, die von der Stiftung Mercator gefördert wurde, zeigt auch: Wenn sich Kliniken und Pflegeheime um „Onboarding“, Mobilität und soziale Kontakte ihrer Arbeitskräfte kümmern, steigt die Chance, dass sie langfristig bleiben.



Integration spielend einfach

Integrationenspiel zum Leben in Deutschland

Das Integrationenspiel "Leben in Deutschland - spielend integrieren" ist ein Gesellschaftsspiel für Kinder (ab 10 Jahre), Jugendliche, Erwachsene und Gruppen, das Jung und Alt Deutschland näherbringen soll. Mit Spielfiguren wird durch Deutschland gereist. Grundkenntnisse über Deutschland werden durch 300 Frage- und Antwortkarten zu unterschiedlichsten Themen vermittelt: Demokratie, Geografie, Kunst, Kultur, Umgangsformen, Rechte und Pflichten, Mietangelegenheiten, Hilfestellungen im Alltag, Vorbereitung auf den Einbürgerungstest, wo finde ich was, Land und Leute, etc... Das Integrationenspiel gibt es zunächst auf Deutsch/Arabisch. Alle Infos zum Spiel und zum Erwerb finden Sie unter

www.lid-integration.de.

Desintegration

Bundeskriminalamt

Kriminalität im Kontext von Zuwanderung

Das [Bundeskriminalamt](#) hat seinen Bericht zu Kriminalität von „Zuwanderern“ (u.a. Asylbewerber, Geduldete und Menschen ohne Aufenthaltstitel) veröffentlicht. Demnach lag die Zahl der „Zuwanderer“, die einer Straftat verdächtigt wurden, 2024 bei rund 172.300 Personen – 3,6 Prozent weniger als im Vorjahr. „Zuwanderer“ machten 8,8 Prozent aller Tatverdächtigen im Jahr 2024 aus. Aktuelle Zahlen und Studien zum Thema finden Sie in einer [Recherche des WDR](#).

Digitale Radikalisierung

Von der Kickboxerin zur Salafismus-Influencerin

[Hanna Hansen](#) heißt eigentlich Viktoria Stadtlander, wurde in Herford geboren und führte einmal ein sehr schillerndes Leben: Weltmeisterin im Kickboxen, DJ, zweitplatzierte Miss Germany 2004, internationale Modelverträge. Paris, Mailand, New York. 2022 drohte wegen einer Augenverletzung die Erblindung - das Ende der Sportkarriere. In dieser Zeit konvertierte sie zum Islam. Trat sie anfangs noch gemäßigt auf, propagiert sie inzwischen einen ultrakonservativen Islam, folgt laut eigenen Aussagen einer besonders orthodoxen sunnitischen Glaubensschule, der "Hanbaliyaa". Bis zu ihrem Eintritt in die Welt der digitalen Radikalisierung dominierten dort männliche Influencer und sogenannte "Prediger". Sie ist die einzige Frau in der Szene mit einer so großen Reichweite. Dass sie ihren eigenen radikalen Wandel so selbstbewusst vorträgt, lässt besonders junge Mädchen und Frauen zu ihr aufblicken. Inzwischen hat sie über 200.000 Follower bei Instagram und TikTok, fast täglich erscheinen neue Videos. NRW-Verfassungsschutz Kayser sagt, sie sei bundesweit und international vernetzt und habe eine Reichweite, die über den engen Kern der Szene hinausgehe.

Bundesregierung

Update für Aktionsplan gegen Rassismus

Was genau ist Rassismus und wie kann der Staat am besten dagegen vorgehen? Bis 2027 soll ein [Aktionsplan](#) dafür vorliegen. Die frühere Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus und heutige Entwicklungsministerin, Reem Alabali-Radovan (SPD), hatte im März – vor der Bildung der schwarz-roten Koalition – der öffentlichen Verwaltung eine Arbeitsdefinition von Rassismus an die Hand gegeben. Die von Expertinnen und Experten in einem mehr als eineinhalb Jahre dauernden Prozess formulierte Definition sollte Beamtinnen und Beamten im Alltag mehr Klarheit verschaffen. Sie sei allerdings nicht verbindlich, sondern stelle lediglich ein Angebot dar, wurde damals betont. „Rassismus basiert auf einer historisch gewachsenen Einteilung und Kategorisierung von Menschen anhand bestimmter äußerlicher Merkmale oder aufgrund einer tatsächlichen oder vermeintlichen Kultur, Abstammung, ethnischen oder nationalen Herkunft oder Religion“, heißt es in der Definition.

Desintegration

DeZIM-Institut

Ungleiche Chancen am Wohnungsmarkt

Schwarze und muslimische Personen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, bei einer Wohnungsbewerbung abgelehnt zu werden. Das zeigen Daten [des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors](#) (NaDiRa) des DeZIM-Instituts. Darin werden Ungleichbehandlungen aufgrund von Rassismus im Bereich Wohnen untersucht. Der Bericht zeigt: Menschen, die rassistisch wahrgenommen werden, leben häufiger in engen Wohnungen und sind stärker von Mietkosten belastet. Oft haben sie prekäre Mietverhältnisse – etwa befristete Mietverträge, Index- oder Staffelmieten.

DeZIM-Studie

Institutioneller Rassismus in Kitas

Institutioneller Rassismus fängt bei den Kleinsten an: in der Kita. Zu diesem Schluss kommt [eine aktuelle Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung \(DeZIM\)](#) in Berlin. Titel: „Und raus bist du!“ Die Soziologen Seyran Bostancı und Benedikt Wirth haben dafür mit 40 Akteuren in der frühkindlichen Bildung aus verschiedenen Berliner Bezirken Interviews geführt – mit Kitaleitungen, Eltern, Erzieherinnen und Fachpersonal aus der Antidiskriminierungsarbeit. Sie konstatieren, dass „das Kita-System im postmigrantischen Berlin von tiefgreifenden strukturellen Barrieren geprägt ist, die rassistische Ungleichheiten fortlaufend reproduzieren und verfestigen“. Die Erkenntnisse der Studie sind nicht repräsentativ. Aber sie veranschaulichen, wie Diskriminierung funktioniert und wie Vorurteile zu diskriminierenden Handlungen werden können.

DeZIM-Studie

These vom „importierten Antisemitismus“ greift zu kurz

Antisemitische Einstellungen unter muslimischen Einwanderern in Deutschland nehmen über Aufenthaltsdauer und Generationen hinweg ab. Zu diesem Ergebnis kommt eine [repräsentative Untersuchung](#) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Demnach greift die These vom „importierten Antisemitismus“ zu kurz. Dafür seien Menschen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern in ihren Einstellungen zu heterogen. Demnach gibt es bei den Befragten mit muslimischem Hintergrund im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationsgeschichte bei klassischen antisemitischen Einstellungen wie Vorurteile und Verschwörungserzählungen kaum Unterschiede. Bei Muslimen gebe es lediglich teils höhere Zustimmungswerte bei israelbezogenem Antisemitismus, doch auch dies sei kein ausschließlich migrantisches Phänomen, sondern in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus verbreitet.

Desintegration

Universität Mainz

Islamfeindlichkeit basiert nicht auf Religion

Islamfeindlichkeit in Westeuropa hat weit weniger mit religiösem Glauben zu tun, als oft angenommen wird. Stattdessen wird sie wesentlich stärker durch fremdenfeindliche und autoritäre Einstellungen befeuert. Das zeigt eine [neue Studie](#) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU). Prof. Dr. Kai Arzheimer vom Institut für Politikwissenschaft der JGU zeigt darin, dass anti-muslimische Vorurteile eng mit nativistischen und rechten autoritären Einstellungen verknüpft sind. Der individuelle christliche Glaube hingegen spielt demnach kaum eine Rolle – was der verbreiteten Annahme widerspricht, Religion sei maßgeblich für islamfeindliche Einstellungen in Westeuropa verantwortlich.

Policy-Paper

Rassismus in der Pflege

Der Pflegebereich ist immer stärker auf Migration angewiesen. Trotzdem stoßen ausländische Pflegekräfte in Deutschland auf Schwierigkeiten. Ein neues [Policy-Paper](#) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) fasst die Probleme zusammen: Unzureichende Onboarding-Prozesse, langwierige Anerkennungsverfahren und Verstöße gegen Arbeitsstandards. Dabei gibt es für Nicht-EU-Arbeitskräfte besondere Abhängigkeiten: Für sie bedeutet ein Jobverlust oft auch einen Verlust des Visums.

Finanzierungskrise in der Versorgung

Therapieangebote sollen gekürzt werden

Die Bundesweite [Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer](#) (BAfF) warnt vor Kürzungen bei Therapie und Beratung von Gewaltopfern. Ohne professionelle Hilfe für Betroffene könne es keine gelingende Integration geben. 2026 drohen massive Kürzungen bei zwei zentralen Finanzierungsquellen – den Bundesmitteln aus dem Familienministerium und den EU-Mitteln, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verwaltet. Ohne Sofortmaßnahmen wird ab Januar an einigen der 51 Standorte bis zu 60 % des Fachpersonals entlassen. Aufgrund einer neuen Verteilungssystematik für EU-Fördergelder werden ärmere, strukturschwache Regionen besonders betroffen sein. Die BAfF veröffentlichte dazu ein umfassendes [Policy Paper zur Analyse der aktuellen Finanzierungsstruktur](#) – einschließlich konkreter Handlungsempfehlungen für Bund und Länder.

Desintegration

Fakten gegen Fake News

Wie mit Statistik Stimmung gemacht wird

Eine Studie zu Kriminalität von Jugendlichen in NRW hat heftige Reaktionen ausgelöst. Ihre vermeintlichen Ergebnisse führten medial zu einer regelrechten Kampagne. „Gewalt an den Schulen geht durch die Decke - vor allem bei Migranten und Mädchen“, so titelte das Portal Nius. Die Forscher widersprechen jedoch der Interpretation in Medien und Teilen der daraus von Politikern abgeleiteten Forderungen. Der [ARD-Faktenfinder](#) ordnet die Daten ein.



Bibliotheken als Lernorte

Demokratie braucht Medienbildung

Eine lebendige Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger, die auf Grundlage gemeinsamer Fakten unterschiedliche Perspektiven austauschen, Meinungen bilden und Entscheidungen treffen. Desinformation – also die gezielte Verbreitung falscher oder irreführender Informationen, um zu täuschen und zu schaden – gefährdet dieses Fundament: Sie manipuliert die öffentliche Meinungsbildung, erschwert sachliche Debatten, untergräbt das Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse, in Medien und Wissenschaft und spaltet die Gesellschaft. Umso wichtiger sind Orte, an denen Menschen lernen, Informationen kritisch zu prüfen, Quellen einzuordnen und Medien bewusst zu nutzen. Bibliotheken spielen dabei eine zentrale Rolle. Als offene und niedrigschwellige Lernorte fördern sie Medien- und Informationskompetenz und schaffen Räume für Austausch, Wissen und Orientierung. Eine neue [Broschüre](#) bietet dafür praxisnahe Unterstützung. Sie enthält Tipps, Methoden und Good-Practice-Beispiele für die Bildungsarbeit gegen Desinformation, die sich direkt im Bibliotheksalltag umsetzen lassen oder dabei helfen, eigene niedrigschwellige Angebote zu entwickeln – von kurzen Impulsen bis zu größeren Formaten wie Workshops oder Projekttagen.

Migration weltweit

EU-Innenminister

Asylverschärfungen auf den Weg gebracht

Die EU-Innenminister haben in Brüssel einen weitreichenden Maßnahmenkatalog zur **Neuausrichtung der Asyl- und Migrationspolitik** verabschiedet. Die Neuregelungen umfassen vier zentrale Bereiche: Erstens wird ein EU-weites Rückführungssystem etabliert, bei dem Abschiebungsentscheidungen gegenseitig anerkannt werden. Betroffene müssen künftig kooperieren, andernfalls drohen Leistungskürzungen oder Haft. Zweitens können Asylanträge leichter als unzulässig abgelehnt werden, wenn Schutz in einem sicheren Drittstaat möglich ist – eine persönliche Verbindung dorthin ist nicht mehr erforderlich. Drittens gilt erstmals eine gemeinsame EU-Liste sicherer Herkunftsländer, darunter Ägypten, Marokko, Tunesien, Indien und Kolumbien, was beschleunigte Verfahren ermöglicht. Viertens sollen 21.000 Schutzsuchende über einen Solidaritätspool auf EU-Staaten verteilt werden, wobei Länder alternativ finanzielle Hilfe leisten können. Kirchliche Hilfswerke und Amnesty International warnen vor einem repressiven Kurs, die Linke kritisiert eine Aushöhlung von Asylrechten. Die Beschlüsse benötigen noch die Zustimmung des EU-Parlaments.



Migrationsforscher Knaus

“Asylverfahren in Drittstaaten wären Fortschritt”

Die EU-Innenminister haben sich darauf verständigt, Asylverfahren künftig nach Möglichkeit in Drittstaaten durchzuführen. **Migrationsforscher Gerald Knaus** verteidigt diesen Ansatz als einzige humane Lösung, um irreguläre Migration drastisch zu senken und Todesfälle im Mittelmeer zu verhindern. Nach dem Vorschlag würden bilaterale Abkommen zwischen EU-Staaten und sicheren Drittländern ausreichen, um Schutzsuchende dorthin zu überstellen – auch ohne persönliche Bindung der Betroffenen. Unbegleitete Minderjährige wären ausgenommen. Die Regelung würde auch Rückführungszentren außerhalb der EU ermöglichen, benötigt aber noch die Zustimmung des EU-Parlaments. Knaus, Mitarchitekt des Türkei-Abkommens von 2016, zeigt sich skeptisch gegenüber dem neuen EU-Verteilmechanismus für Geflüchtete. Italien habe 2024 trotz Tausender Anträge nur 60 Personen nach Dublin-Regeln zurückgenommen.

Migration weltweit

Spanische Balearen

Hauptziel von Schleusern

Innerhalb von nur zwei Tagen sind im November 2025 19 Boote mit rund 360 Migranten auf den Balearen (die Inseln Mallorca, Menorca, Formentera, Ibiza und Cabrera) angekommen. Die regionale Regierungschefin Marga Prohens fordert von Madrid besseren Grenzschutz. Die Route über das [westliche Mittelmeer von Algerien nach Spanien](#) ist laut EU-Grenzschutzagentur Frontex die am schnellsten wachsende Migrationsroute in die EU – mit einem Anstieg von 27 Prozent von Januar bis Oktober 2025. Während die Gesamtzahl der EU-Ankünfte um 22 Prozent sank und auch die Kanarischen Inseln deutlich weniger Migranten verzeichneten, stiegen die Ankünfte auf den Balearen im selben Zeitraum um 66 Prozent auf 6.280 Menschen. Schleuser nutzen zunehmend schnellere Boote und verlagern ihre Aktivitäten von Marokko nach Algerien, wo die Kontrollen als weniger streng gelten. Die angespannten Beziehungen zwischen Spanien und Algerien seit 2022 – ausgelöst durch Spaniens Positionswechsel im Westsahara-Konflikt – verschärfen die Lage zusätzlich: Algerien nimmt seither weniger abgeschobene Migranten zurück.

Studie

Das Geschäft der Schleuser

Eine Studie des [Mixed Migration Centre in Genf](#) untersucht, wie das Schleusertum funktioniert - basierend auf über 80.000 Interviews mit Migranten und 450 Interviews mit Schleusern in West- und Nordafrika. Die zentralen Erkenntnisse: Migranten nutzen Schleuser hauptsächlich wegen fehlender legaler Migrationswege. Schleuser werden selten durch Zwang engagiert. Sie selbst sind vor allem finanziell motiviert, verdienen deutlich überdurchschnittlich. 63% der befragten Migranten nutzten Schleuser, besonders bei langen, gefährlichen Routen mit Meer- oder Wüstenüberquerungen. Der Kontakt erfolgt meist über Familie und Freunde oder direkte Kontaktaufnahme durch Migranten selbst - nicht durch aktive Anwerbung der Schleuser. Strengere Grenzkontrollen erhöhen Nachfrage und Preise. Die Nutzer von Schleuserdiensten erleben eine doppelte Gefährdung - durch gefährliche Routen und durch Schleuser selbst (21% nennen Schleuser als Täter von Missbrauch). Dennoch sehen 68% der Migranten Schleuser als hilfreich für ihr Migrationsziel. Die englischsprachige Studie finden Sie [hier](#).

Migration weltweit

UNHCR-Bericht

Klima ist immer häufiger Fluchtgrund

In den vergangenen zehn Jahren wurden 250 Millionen Menschen aufgrund der Klimakrise aus ihrem Lebensraum vertrieben. Dies geht aus einem Bericht des UNHCR (Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge) auf der 30. Weltklimakonferenz (COP30) in Belém hervor. Zahlen belegen, dass das Klima ein immer häufiger werdender Fluchtgrund ist. So wurden letztes Jahr 150 extreme Wetterereignisse gezählt, darunter Dauerregen, langanhaltende Dürren, Hitzewellen und Stürme. Daraufhin verließen im Jahr 2024 etwa 45,8 Millionen Menschen ihre Heimat – doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Weltweit sind 86 Millionen Menschen durch hohe Klimarisiken bedroht, ihre Heimat zu verlassen. Dabei leben 75 % der Geflüchteten in Regionen, die besonders stark durch Klimakatastrophen geprägt sind. In den letzten zehn Jahren führte dies zu 250 Millionen Binnenvertreibungen. Täglich sind im Durchschnitt somit 670.000 Menschen pro Tag davon betroffen. Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen vieler Menschen im globalen Süden und sorgt so für weitreichende Konflikte. Durch die Verknappung von Wasser und Ackerflächen sind die Menschen vor Ort oft gezwungen, in bereits überlastete Gebiete zu fliehen. Die Klimakrise und ihre Folgen gelten laut Genfer Flüchtlingskonvention nicht als offizieller Fluchtgrund.

Arabisch als Herausforderung

Syrien: Integration nach der Rückkehr

Nach dem Sturz des Assad-Regimes sind laut UNHCR fast 1,2 Millionen Syrer in ihre Heimat zurückgekehrt, darunter zahlreiche Kinder, die Jahre im Ausland verbracht haben. Viele von ihnen stehen nun vor erheblichen Bildungsproblemen im syrischen Schulsystem. Betroffen sind Tausende Kinder aus Deutschland, der Türkei und arabischen Nachbarländern, die zwar syrische Dialekte sprechen, aber das für den Unterricht erforderliche Hocharabisch kaum beherrschen. Kinder aus Europa oder der Türkei haben oft zusätzliche Schwierigkeiten mit dem arabischen Alphabet. Lehrkräfte berichten von Überforderung, da spezialisierte Programme und Ausbildung für Arabisch als Zweitsprache fehlen. Bildungsexperten sprechen von einem "doppelten Schock" durch Sprachwechsel und neues Bildungsumfeld, was das Selbstvertrauen der Kinder beeinträchtigt. Sie fordern Integrationsklassen, geschultes Personal und psychologische Unterstützung, um Schulabbrüche zu verhindern. Der syrische Staat ist jedoch mit anderen Prioritäten konfrontiert: 40 Prozent aller Schulgebäude sind kriegsbeschädigt, es mangelt an qualifizierten Lehrkräften und finanziellen Mitteln. Das Bildungsministerium erwägt die Einführung von Förderklassen, konkrete Maßnahmen stehen jedoch noch aus.

Migration weltweit

EU und Afrika

Engere Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik

Die Afrikanische und Europäische Union haben beim [7. AU-EU-Gipfel](#) eine verstärkte Zusammenarbeit in der Migrationspolitik vereinbart. Beide Seiten wollen "irreguläre Migration" stärker verhindern und Schleuserei bekämpfen – betroffen sind auch Asylsuchende, die mangels legaler Wege Grenzen ohne Dokumente überqueren müssen. Abschiebungen sollen effizienter werden, unter anderem durch finanzielle Anreize zur "freiwilligen" Rückkehr. Während die Erklärung den Schutz von Flüchtenden bekräftigt, kritisieren Beobachter, dass dies nur auf dem Papier steht: Die EU baut Grenzschutz massiv aus, finanziert afrikanische Staaten zur Migrationsverhinderung und plant Asylverfahren in Drittstaaten mit dokumentierten Menschenrechtsverletzungen. Zwar sollen legale Migrationswege für Studierende und Fachkräfte ausgebaut werden, doch eine aktuelle Studie zeigt, dass Menschen aus armen Ländern deutlich schlechtere Visa-Chancen haben. Kritiker sehen darin das EU-Kernziel: Afrikaner sollen Europa fernbleiben – außer als fertig ausgebildete Fachkräfte. Am Gipfel nahmen 82 Länder mit fast zwei Milliarden Menschen teil.



Sachbuch

Migrationspanik

[Judith Kohlenberger](#), Migrationsforscherin an der WU Wien, warnt in ihrem Buch „Migrationspanik“ vor den Folgen restriktiver Grenzpolitik. Die EU-Außengrenzen seien zu rechtsfreien Räumen geworden, an denen seit 1993 über 66.000 Menschen starben. Diese Brutalisierung führe zu einer Verrohung im Inneren der Gesellschaft – wer Gewalt an Grenzen ausübt, wendet sie später auch gegen die eigene Bevölkerung an, wie Beispiele aus den USA und Serbien zeigen. Kohlenberger kritisiert die "Migrationspanik" in Europa: Obwohl die Asylantragszahlen auf dem niedrigsten Stand seit Jahren liegen, dominiert Migration den öffentlichen Diskurs. Die Parteien der Mitte ließen sich von Rechtspopulisten treiben, statt strukturelle Probleme in Bildung, Wohnungsmarkt und Gesundheitssystem anzugehen. Statt pauschaler Schuldzuweisungen brauche es differenzierte Lösungen und mehr Investitionen. Ihr Plädoyer: Empathie für Sorgen der Bürger zeigen, aber nicht in Extrempositionen verfallen. Als Lösung schlägt sie eine europäische Asylagentur mit einheitlichen Standards und wissenschaftlich basierten Verteilungsmodellen vor.

Roman

Ein schönes Ausländerkind

Mit viel Lakonie und makabrem Witz erzählt [Toxische Pommes](#) (Künstlername) vom Aufwachsen zwischen Exil und Anpassungsdruck. Der autofiktionale Roman zeigt eindringlich, wie Integration zur Familienlast wird – die Mutter kämpft sich hoch, der Vater verstummt, die Tochter perfektioniert sich zur „guten Migrantin“. Eine bittere, dabei oft komische Geschichte über Zugehörigkeit, Sprachverlust und elterliche Opfer. Offen, konkret und gerade dadurch bewegend (Buchtipps von Omid Rezaee, [kohero-Magazin](#)).

Roman

Der Russe ist einer, der Birken liebt

[Olga Grjasnowas](#) Debüt erzählt eindringlich vom Leben zwischen Sprachen, Ländern und Zugehörigkeiten. Mascha, die Hauptfigur, flieht als Kind aus Aserbaidschan nach Deutschland, spricht bald fünf Sprachen, plant eine internationale Karriere – und zerbricht fast an einem persönlichen Verlust. Der Roman verbindet traumatische Fluchterfahrungen mit bissiger Gesellschaftsanalyse, Nahostkonflikt mit Identitätssuche. Grjasnowa gelingt ein literarisch kluges Porträt einer Generation ohne Heimat – aber auch ohne Klischees (Buchtipps von Omid Rezaee, [kohero-Magazin](#))

Persönlichkeiten

Martin Azia Sodea

Nansen-Preis für Mut und Mitgefühl

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat [Martin Azia Sodea](#), Ortsvorsteher von Gado-Badzéré in Nordkamerun, mit dem renommierten Nansen-Preis ausgezeichnet. Der Dorfchef nahm seit 2013 rund 36.000 Menschen auf, die vor den Unruhen in der Zentralafrikanischen Republik flohen – eine außergewöhnliche Leistung in einer der ärmsten Regionen der Welt. Statt seine Gemeinde abzuschotten, wies Sodea den Flüchtlingen Land für Häuser und Felder zu und ermöglichte ihnen so ein selbstbestimmtes Leben. Er gründete gemeinsame Ausschüsse aus Einheimischen und Geflüchteten, um Spannungen abzubauen und Integration zu fördern. Das UNHCR würdigte ihn als "Visionär", dessen Ansatz die Flüchtlingsaufnahme in der gesamten Region verändert habe. Bis 2021 waren insgesamt 290.000 Menschen aus der Zentralafrikanischen Republik nach Ostkamerun geflohen. Sodea betonte, es sei ihm um das Überleben und die Gesundheit der Menschen gegangen – durch direkten Kontakt und gemeinsames Leben.





Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises

Karl-Kellner-Ring 51

35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de

Tel.: 06441 407-0

Kontakt Newsletter:

Norbert Wenzel

Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

E-Mail: wir@lahn-dill-kreis.de,

Tel.: 06441 407-1487

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Carsten Braun, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364